Nummer 343

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Dienstag, 27. Juli 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten.

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman. Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt.

Verantwortl. Leiter Handelsteil M. Sunn, Berlin. Polit. Teil L. D. Dr. Richard Jügler, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales J. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil i. V. Direktor A. Loren, Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Ausland-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926, für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Juli 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Rußland und Frankreich sind die Schuldigen am Weltkriege!

Das Urteil eines Amerikaners.

Professor Barnes über die Kriegsschuldfrage.

BS. Auf Veranlassung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände hielt am Montagabend der amerikanische Professor Harry Elmer Barnes in der neuen Aula der Universität, die bis auf den letzten Platz gefüllt war, einen Vortrag über die Kriegsschuldfrage. Nach der Begrüßung durch den Leiter des Englischen Seminars betonte einleitend Gouverneur z. D. Dr. Schnee, der Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, daß Professor Barnes schon zu einer Zeit, in der man in Amerika allgemein an die Märchen von den deutschen Greueltaten im Kriege glaubte, in unerschrockener Weise für die Wahrheit bezüglich der Kriegsschuldfrage eingetreten sei und es so verdiene, als Vorkämpfer der Wahrheit im Dienste der Menschheit bezeichnet zu werden. Professor Barnes, der sodann in englischer Sprache das Wort ergriff, ging in seinem Vortrage davon aus, daß es sich bei der Kriegsschuldfrage nicht um ein gelehrtes Thema handele, sondern, daß die ganze Frage für die internationale Lage von heute von der allergrößten Wichtigkeit wäre.

Der Vertrag von Versailles sei aufgebaut auf den erzwungenen Schuldparagraphen,

der einseitig die Schuld Deutschlands festlege. Eine moralische Reinigung Deutschlands würde die Strafparagraphen des Versailler Vertrages beseitigen, die Reparationsfrage in ein neues Licht stellen und schließlich auch der Zukunft dienen. Die Kriegsschuldfrage sei durchaus nicht eine deutsche Frage, sondern eine Weltfrage allererster Ordnung. Bei der Schuldfrage unterschied der Redner zunächst allgemeine Kriegsursachen. Da Deutschland nur ein Teil des europäischen Systems sei, habe es auch manche europäischen Fehler mitgemacht und so allgemein auch zum Kriege beigetragen. Dieses allgemeine europäische System erkläre aber keinesfalls, warum der Krieg von 1914 gekommen sei, denn dieselbe Situation habe schon viele Jahrzehnte bestanden. 1912 sei der Wendepunkt gewesen, und Isvolski und Poincaré arbeiteten von da an energisch Hand in Hand, um den Weltkrieg herbeizuführen. Von 1912 an werde

Deutschland ein Opfer der russisch-französischen Politik.

Deutschland sei also in den Jahren von 1912 bis 1914 und mehr noch bei der unmittelbaren Krisis von 1914, relativ gesprochen, schuldlos. Der Vortragende behandelte dann die Ereignisse der kritischen letzten Jahre und Monate seit dem Mordes von Serajewo und betonte, daß die Mitschuld des serbischen Generalstabes bei der Ermordung einwandfrei festgestellt sei, Frankreich und Rußland hätten sofort erkannt, daß hier ihre Gelegenheit gekommen sei. Oesterreichs energische Verfolgung der Mörder sei von Selbstbehauptung diktiert gewesen, denn ihm habe die Zerrechnung des Reiches gedroht, wenn es nicht mit Serbien ins Reine gekommen wäre. Der Impuls zu den Verhandlungen mit Serbien sei jedoch ohne Ansporn von Deutschland allein von Oesterreich ausgegangen. Bei dieser Gelegenheit gedachte Prof. Barnes der

Bemühungen des Kaisers um den Frieden,

besonders nach dem 27. Juli. Der Kaiser habe die serbische Antwort für angemessen erachtet und versuchte auch Oesterreich zurückzuhalten. Prof. Barnes betrachtete dann die einzelnen Staaten im Hinblick auf die Schuldfrage und behandelte zunächst Rußland. Er kam zu dem Ergebnis, daß diplomatisch und politisch kein Grund für eine allgemeine Mobilisierung Rußlands, die tatsächlich 24 Stunden vor der serbischen Antwort an Oesterreich erfolgt sei, vorhanden gewesen sei. Rußland habe auf diese Weise ganz Europa voreilig in den Krieg gestürzt.

Rußlands Mitschuldiger sei Frankreich,

das alles getan habe, um Rußland zu ermutigen, um den Krieg unvermeidlich zu machen. Nur diplomatisch warnte es Rußland und Serbien, möglichst vorsichtig und geheim zu verfahren, damit England nicht mißtrauisch würde. Die französische Regierung sei Schritt für Schritt von den russischen militärischen Vorbereitungen informiert worden, habe aber seinen Finger gerührt, den Kriegsausbruch zurückzuhalten. An Oesterreichs Kriegsprogramm sei kein Zweifel, nur sei es ein fundamentaler Unterschied im Vergleich zu Frankreich und Rußland, daß Oesterreich einen lokalen Krieg zur Bestrafung Serbiens erregen wollte, während die Pläne von Frankreich und Rußland ganz eindeutig auf einen allgemeinen europäischen Konflikt hinausgingen, England sei im allgemeinen für den Frieden gewesen, vorausgesetzt, daß Frankreich mit in den Konflikt gezogen würde. Belgien, so betonte Prof. Barnes, habe nichts mit den englischen Kriegsbeschlüssen zu tun. Vor dem Forum der Geschichte sei

Belgien nichts als ein Vorwand für die englische Diplomatie, um ihren Kriegswillen zu kaschieren.

Die Vereinigten Staaten hätten sich ähnlich dem Kriege gegenüber verhalten wie England. Wollte man eine Skala der Kriegsschuld aufstellen, so würde die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Frankreich und Rußland fallen, und zwar mit der Schuld ungefähr gleich verteilt. Dann käme weit hinter Frankreich und Rußland Oesterreich, das aber, wohlgemerkt, keinen allgemeinen europäischen Krieg wünschte. An letzter Stelle kämen Deutschland und England, die beide einen Krieg in der Krisis von 1914 verhindern wollten. Wahrscheinlich sei die öffentliche Meinung in Deutschland militärischer Tätigkeit freundlicher gesonnen als die englische. Das aber werde durch die energischen Bemühungen des Kaisers um den Frieden mehr denn gutgemacht. Der Kaiser habe sich viel mehr als Sir Edward Grey für den Frieden eingesetzt. Zum Schluß erklärte Prof. Barnes, daß der berüchtigte Schuldparagraph im Versailler Vertrag ohne jede Grundlage sei. Die klare, wissenschaftliche Erkenntnis der Kriegsschuldfrage verlange eine Zurückweisung aller Maßnahmen des Versailler Vertrages, die auf jenem Schuldparagraphen basierten.

Versailler Vertrag und Dawesbericht hätten verkehrte Voraussetzungen.

Der Dawesplan sei nichts weiter als ein kleines Bemühen, die Strafe eines Mannes zu vermindern, den alle als unschuldig erkennen. Wenn Deutschland so wenig mit der eigentlichen Kriegsschuld zu tun habe, wie nachgewiesen würde, so sei die Forderung von Reparationen hinfällig. Jedenfalls sollten die Schäden in demselben Maße wieder gutgemacht werden, wie die Kriegsschuld der einzelnen Staaten festzustellen sei. Vielleicht könnten die Vereinigten Staaten ihre große Finanzmacht gebrauchen, um Frankreich und England zu veranlassen, auf Reparationen von Deutschland zu verzichten. Vielleicht könnten auch die Vereinigten Staaten ihren guten Willen am besten zeigen, indem sie die Schulden der europäischen Mächte ganz erließen. Auf alle Fälle brauchten wir eine weitherzige, weitblickende und wahrhaft konstruktive Politik, die getragen sei von dem Geist der Gemeinschaft in der Ueberwindung der vielen Bürden des Wiederaufbaues von Europa.

•

Zu Ehren der am Sonnabendabend in Berlin eingetroffenen Fellowship-Gruppe fang gestern nachmittag in den Räumen der Deutschen Gesellschaft in der Schadowstraße ein Empfang statt. Neben Mitgliedern der amerikanischen Botschaft und Vertretern des Auswärtigen Amtes waren Parlamentarier, Professoren der Universität, Mitglieder des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundesamtes und führende Persönlichkeiten von Handel und Industrie und des öffentlichen Lebens erschienen. Geheimrat Ernst v. Borsig gab im Namen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft seiner Freude Ausdruck, daß die Fellowship-Gruppe in so stattlicher Zahl nach Berlin gekommen sei. Man werde finden, daß hier alles seinen geordneten Gang gehe. Handel und Wandel sich in einem wenn auch bescheidenen Aufstieg bewegen. Mit dem Wunsche, daß der Besuch der Fellowship-Gruppe überall in Deutschland mit derselben Freude begrüßt werden möge wie in der Reichshauptstadt, und daß der Besuch dazu beitragen möge, die wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wieder fester zu knüpfen, schloß Geheimrat Borsig seine Begrüßungsworte. — Reichstagsabgeordneter Dr. Schnee, der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und Präsident des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, wies in einer längeren Ansprache auf die große Bedeutung der Kriegsschuldfrage hin. Durch die Veröffentlichung der Geheimarchive sei der Oeffentlichkeit reiches Material zugänglich gemacht worden. Deutschland verlange nicht mehr und nicht weniger, als eine unparteiische Feststellung der Wahrheit. Nur auf Grundlage der Gerechtigkeit und Wahrheit sei ein dauernder Frieden möglich. Exzellenz Schnee verbreitete sich dann über die früheren Kolonialgebiete Deutschlands, die nötig waren, um die Bedürfnisse des ständig wachsenden Mutterlandes zu befriedigen. In Locarno habe man endlich anerkannt, daß Deutschland die ihm im Friedensvertrag abgesprochene Fähigkeit besitze, Kolonien mit Erfolg verwalten zu können.

Kolonien seien eine unbedingte Notwendigkeit, eine Lebensfrage des deutschen Volkes.

Professor Harry Elmer Barnes erörterte sodann in großen Zügen die Kriegsschuldfrage. Er kam zu dem Schlusse, daß die Hauptschuld bei Frankreich und Rußland, zum Teil auch bei Serbien zu suchen sei.

Dr. Sherwood Eddy, der Führer der Fellowship-Gruppe, gab dem Gedanken der allgemeinen Versöhnung Ausdruck. Deutschland sei ein übervölkertes Land, das deshalb Kolonien nötig habe.

Peinliche Anfragen im Unterhaus.

Chamberlain läßt seine Abrüstungserklärung „berichtigen".

London, 26. Juli.

Im Unterhause fragte Thurtle den Minister des Auswärtigen, ob die Regierung den Zustand der Abrüstung in Deutschland als befriedigend oder unbefriedigend ansehe, und in letzterem Falle, in welcher Beziehung. Loder-Lampson erwiderte im Namen des Außenministers: Die Regierung hoffte im letzten November, daß der Austausch von Noten, der zwischen der Botschafter-Konferenz und der deutschen Regierung zu jener Zeit stattfand, zu einem Abschluß aller noch ausstehenden Abrüstungsfragen führen würde. Es ist also eine Enttäuschung, daß eine gewisse Zahl von Punkten noch nicht gezeglt ist, von denen aber die meisten — ich freue mich, es sagen zu können —

von geringerer Bedeutung

sind. Während Chamberlain aus diesem Grunde in seiner am 21. Juli gegebenen Antwort die Ansicht ausdrückte, daß die Lage nicht völlig befriedigend sei, wünscht er nicht, daß daraus geschlossen werde, daß die Regierung die Lage mit irgendwelcher Beunruhigung ansehe.

Auf die Frage des Unterhausmitgliedes Ramsden, ob der Kolonialminister in der Lage sei, über

die Zahl der nach Tanganyika zurückgekehrten Deutschen

Angaben zu machen und ob diesen Zurückgekehrten irgendeine Unterstützung aus Reparationsgeldern gewährt worden sei, antwortete dieser, daß er vom Gouverneur der Kolonie keine solche Mitteilung erhalten habe. Auf die Frage, ob er die Angelegenheit einer Untersuchung unterziehen werde, antwortete der Minister bejahend. Das Unterhausmitglied Hall fragte, ob der Minister, falls er diesen Bericht bekommen würde, dem Haus Mitteilung darüber machen würde, ob es wahr sei, daß die Deutschen, wie es in der Anfrage heiße, aus Reparationsgeldern, die für England eingingen, Unterstützungen erhielten. Die Frage blieb unbeantwortet.

In Beantwortung einer Anfrage, welche Schwierigkeiten den

Beitritt Deutschlands zum internationalen Luftfahrtabkommen

verhindert hätten, und ob ein besonderer deutsch-englischer Vertrag notwendig gewesen wäre, erklärte der Staatssekretär für Luftfahrtangelegenheiten, Hoare, daß die deutschen Bedenken sich auf die Artikel 5 und 34 bezogen hätten. Es handele sich dabei um das Recht der Luftfahrzeuge von diesem Abkommen nicht angehörenden Staaten, die Gebietsteile des dem Luftabkommen angehörenden Staaten zu überfliegen und die Rechte, die den Alliierten von der internationalen Luftfahrtkommission zugebilligt seien. Die Zusatzverträge zu den beiden Artikeln seien bereits unterzeichnet und nur ein Staat habe die Ratifikation noch nicht vorgenommen. Wenn dies geschehen sein würde, würden voraussichtlich keine Schwierigkeiten mehr bestehen, die den Beitritt Deutschlands zum Abkommen verhindern würden, aber der Beitritt sei in allererster Linie eine Sache der eigenen Erwägung Deutschlands.

In den weiteren Verhandlungen fragte der Abgeordnete Sandmann, ob die schottischen Farbenfabriken, die eine von der Regierung unterstützte Gesellschaft seien, ihre patentierten Rechte zur Erzeugung von Nephritgrün für den Kontinent an die

Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.-G. in Deutschland

verkauft hätten, und ob es der Regierung bekannt sei, daß diese Farbe von der I.-G. Farbenindustrie auf dem Kontinent zu einem weit billigeren Preis verkauft würde, als dies die schottischen Farbenfabriken in England täten. Der Parlamentssekretär Chadwick antwortete, daß er über die Verkaufspreise auf dem Kontinent nicht unterrichtet sei. Der Abgeordnete Sandmann fragte weiter, ob die Regierung wisse, daß das Patent zur Erzeugung von Nephritgrün eine von den wenigen guten Erfindungen der schottischen Farbenfabriken sei und daß in Verbindung mit dem Verkauf dieser Rechte an Deutschland die Ausfuhr englischer Gewebe nach dem Kontinent gänzlich aufgehört hätte und die Arbeitslosigkeit in Lancashire verursache. Der Parlamentssekretär antwortete, daß er diese Frage genauer prüfen werde, wenn ihm der Abgeordnete Einzelheiten mitteilen könnte. Wedgwood Benn fragte, welchen Zweck die Farbstoffabrik hätten, die doch den Aufbau einer Farbenindustrie in England ermöglichen sollten, wenn besonders geschützte Personen Farbenpatente dem Kontinent verkauften. Der Parlamentssekretär erklärte, daß die Regierung dabei sei, die Frage des Nephritgrün zu besprechen. (Heiterkeit.)

Bei der Bewilligung des Kredites für das Bergbauamt forderte Lloyd George eine Herabsetzung der Bezüge des Grubensekretärs um 100 Pfund als Zeichen der Mißbilligung seines Verhaltens während der Bergbaukrise. In der Aussprache bezifferte ein Abgeordneter die beim Lande

durch den Generalstreik und den Bergarbeiterstreik verursachten Verluste auf 150 Millionen Pfund,

wovon 50 Millionen auf die Bergbauindustrie entfallen. Diese Schätzung deckt sich ungefähr mit derjenigen von Runciman.

Poincaré und Elsaß-Lothringen

Wie wir im gestrigen Abendblatt meldeten, hat die französische Regierung beschlossen, die elsaß-lothringischen Angelegenheiten von jetzt ab dem Ministerpräsidenten selbst — d. h. Poincaré — zu unterstellen. Zu der gleichen Nachricht war auf einen Aufsatz in einem spanischen Blatt verwiesen, in dem Poincaré zu der elsaß-lothringischen Frage Stellung genommen hat. Mit dieser Veröffentlichung Poincarés beschäftigt sich folgende Zuschrift, die uns von elsaß-lothringischer Seite zugeht.

Die Red.

Neben der Finanzkrise ist für Frankreich das elsaß-lothringische Problem heute im Vordergrund des Interesses. Poincaré wird an beiden Aufgaben zu zeigen haben, ob er sie meistern kann.

Es trifft sich gut, daß vor kurzem Poincaré selber öffentlich zu den Problemen Stellung genommen hat, so daß man auf Grund dieser Ausführungen einen Rückschluß auf die kommenden Dinge wird ziehen können.

Ein spanisches Blatt, die „Vanguardia" in Barcelona, hatte unter dem Titel „Die elsässische Ueberraschung" einen eingehenden Aufsatz von Gagiel gebracht, der auf die französischen Schwierigkeiten in Elsaß-Lothringen hinwies und es darin als „eine der ungewöhnlichsten und interessantesten Folgen des vergangenen Krieges" bezeichnete, „daß gerade Frankreich, der zentralistischsten Nation Europas, sich in seiner empfindlichsten und gefährlichsten Flanke das autonomistische Problem stellt". Der Grund für das Werden dieses Problems sei die überraschende Tatsache, daß „es sich bei der Vereinigung des Elsaß mit Frankreich herausgestellt hat, daß die elsässische Volksseele verschieden ist von der französischen". „Der Fall ist zweifellos ernst; denn, wenn die Masse ihre Seele entdeckt, dann dauert es nicht lange, bis sie danach trachtet, einen Körper zu erhalten, wenn auch nur einen rudimentären." Die ewigen Kämpfe zwischen Frankreich und Deutschland würden dazu führen, daß sich das Elsaß von beiden loßsagen werde, „um einen neuen Schweizerkanton zu bilden oder um sich andern Gebieten am Rhein anzuschließen, um etwas entstehen zu lassen, was dem alten Herzogtum Burgund gliche, oder aber um irgendeine andere Verbindung einzugehen, die es davon befreite, immer zwischen dem Hammer und dem Amboß zu sein."

Poincaré hat es für richtig gehalten, auf diesen Aufsatz zu antworten. Er überschrieb den Antwortaufsatz, den das spanische Blatt veröffentlicht hat, mit: „Die Wahrheit der Tatsachen. Locarno, das Elsaß und der Französische Senat."

Poincaré bezieht sich zunächst auf die Behauptungen des Generals Bourgeois über die militärischen Vorbereitungen Deutschlands. Zu ihnen gehören nach Bourgeois und Poincaré auch „die versteckten Manöver, die das Reich zur Zeit im Elsaß ausführt". (!!) Er selbst habe darüber Material, das sich mit dem des Generals Bourgeois und Millerands decke, und das keinerlei Zweifel lasse „über die Einmischung Deutschlands in elsässische, d. h. französische Angelegenheiten". (!)

Dann wiederholt Poincaré das Märchen vom „Plebiszit" von 1918, das in dem „begeisterten Empfang" der einziehenden französischen Truppen vorliegen soll, und erinnert daran, daß bei den Wahlen von 1919 und 1924 niemals ein autonomistischer Kandidat aufgestellt worden sei, daß heute wie einst die Anhänglichkeit an Frankreich durch „rührende Beweise der Hinneigung zu Frankreich, dem neugefundenen Vaterland" bekundet werde. „Ich glaube die elsässische Seele und das elsässische Herz zu kennen, nicht allein deshalb, weil ich aus der Schwesterprovinz Lothringen stamme, sondern auch, weil ich als Rat der Straßburger Universität Gelegenheit hatte, oft nach jener Stadt zu gehen; und ich habe meinen Aufenthalt benutzt, das Land zu bereisen." Dazu ist zu bemerken, daß Poincaré aus dem französischsprachigen und französisch gebliebenen Teil Lothringens, nicht aus dem lothringischen Teil des Reichslandes stammt, und daß die Tätigkeit als „Rat der Straßburger Universität" mit Poincarés Vorsitz in der „Gesellschaft der Freunde der Universität Straßburg" (der französischen!) zusammenhängt, die, gespeist mit nationalistischen Geldern, betrieben ist, die „elsässische" Universität in ihrem französisch-nationalen Arbeiten zu fördern.

Eine Mißstimmung — „von der man spricht und die übrigens sehr übertrieben wird" — habe sich bei den letzten Besuchen Doumergues in Straßburg und Metz nicht gezeigt; jedenfalls berühre sie das nationale Fühlen des Elsaß' nicht und rühre von den „vorübergehenden Ursachen her, die die Deutschen, die in überaus großer Zahl im Lande geblieben sind, auszubeuten suchen". Diese